

Dieter A. Schmidt †

„DIE AUFLÖSUNG DER EDU HAT DIE BI- UND MULTILATERALEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN CHRISTDEMOKRATISCHEN UND KONSERVATIVEN PARTEIEN IN EUROPA EMPFINDLICH BEEINTRÄCHTIGT“



Dieter A. Schmidt, (1937–2012), aufgewachsen im Rheinland, 1957 Abitur und Eintritt in die Bundeswehr als Berufsoffizier, 1970 Ausscheiden aus dem Wehrdienst im Range eines Majors, Traineeausbildung bei einer deutschen Großbank, leitender Angestellter im Personalwesen der Bank, u.a. Seminarleiter für Führungsnachwuchs, 1978 Leiter des Internationalen Büros der CSU (später BAB), 1979 Leiter des Instituts für Auswärtige Beziehungen der HSS.

Das Interview fand am 27. September 2011 in München statt und wurde geführt von Johannes Schöner.

Herr Schmidt, was ist grundsätzlich das Faszinierende an der Außenpolitik bzw. an der Parteiaußenpolitik? Was hat Sie persönlich daran ein ganzes Leben lang fasziniert?

Ich habe mich schon während meiner Gymnasialzeit für Außen- und Sicherheitspolitik interessiert. Soweit mir dies immer möglich war, habe ich die Debatten im Deutschen Bundestag um einen deutschen Verteidigungsbeitrag in den Jahren von 1952 bis 1955 in den Rundfunkübertragungen mit verfolgt und war tief beeindruckt von der Sachkenntnis und den rhetorischen Fähigkeiten der Redner der Union und der Sozialdemokraten. In besonderer Erinnerung blieb mir dabei die großangelegte Rede des damals 36-jährigen Bundestagsabgeordneten Franz Josef Strauß, der am 7. Februar 1952 die deutsche Wiederbewaffnung mit bewegenden und aufwühlenden Worten beschwor. Das Echo in den Printmedien war groß und überwiegend positiv. Es gab viele glänzende Debattenbeiträge in diesen Jahren, so von der SPD

von Prof. Carlo Schmid, Fritz Erler, Erich Ollenhauer,³⁸³ von Thomas Dehler³⁸⁴ von der FDP. Spätestens mit der Wahl von Franz Josef Strauß zum Bundesminister der Verteidigung war für mich klar, dass ich Berufsoffizier werden wollte. Und er hat es dann in der Tat verstanden, in der jungen Bundeswehr die kriegsgediente Generation und uns, die Jungen, zusammenzuführen, zu motivieren und zu begeistern. Von Anfang an waren für mich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht voneinander zu trennen und spätestens mit der EVG wurde auch die europäische Dimension dieser Politik deutlich.

Ab wann hatte der europäische Integrationsgedanke, der für einen Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich einen hohen Stellenwert hatte, auch einen zentralen politischen Stellenwert in Ihren eigenen Überlegungen? Was für ein Bild hatten Sie von „Europa“? Was sollte aus „Europa“, aus dieser Montanunion, aus dieser EWG politisch einmal werden? Sie sind ja Ihrem beruflichen Werdegang nach ein wirtschaftlich denkender Mensch. Das heißt wohl, man brauchte zu jeder Zeit eine wirtschaftspolitische Basis. Welches Bild von Europa hatten Sie?

Als der Zweite Weltkrieg begann, war ich zwei Jahre alt und als er endete sieben Jahre alt. Das waren in der Kindheit sehr entscheidende und prägende Jahre mit blutigen Schlachten an der Westfront – ich wohnte mit meiner Familie in einem kleinen Luftkurort in der Eifel – mit endlosen Bombennächten, mit Entbehrungen und Furcht. Dann kamen die Hungerjahre nach dem Krieg, die Entbehrungen gingen weiter und die Alliierten wurden in den ersten zwei, drei Jahren als Besatzungsmächte und nicht als Befreier empfunden. Es war in diesen Jahren als ich während meiner Gymnasialzeit eine Jahresarbeit über Napoleon und die napoleonischen Kriege geschrieben habe. Als Quelle diente mir eine Napoleon-Biographie von Jacob Burckhardt,³⁸⁵ die ich in den elterlichen Bücherregalen fand. Ein eindrucksvolles Dokument sinnloser Kriege, sinnloser Zerstörungen und sinnloser Gewalt. Da war mir klar, dass in Europa nie mehr wieder Krieg geführt werden durfte und Europa ein

383 | Erich Ollenhauer (1901–1963), deutscher Politiker der SPD, 1952–1963 Vorsitzender seiner Partei.

384 | Thomas Dehler (1897–1967), deutscher Politiker der FDP, 1949–1953 Justizminister seines Landes, 1954–1957 Vorsitzender seiner Partei.

385 | Carl Jacob Burckhardt (1891–1974), schweizerischer Diplomat und Historiker.

Kontinent des Friedens und der Stabilität werden musste, ein demokratisches, doch zugleich auch ein wehrhaftes Europa. Zumindest für den westlichen Teil Europas wurde dies dann schließlich auch Wirklichkeit. In MOE sollte es noch einige Jahrzehnte dauern. Die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik, ihr Beitritt zur NATO, die unüberbrückbare Ost-West-Konfrontation, und schließlich meine Entscheidung, Berufsoffizier zu werden, haben mein erstes Bild von Europa geprägt. Demzufolge schwebte mir ein Kontinent vor mit gemeinsamer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mit gemeinsamen Streitkräften nach einer längeren Übergangszeit der koordinierten Ausbildung und Ausrüstung, mit einer gemeinsamen Rüstungsindustrie. Doch es ist anders gekommen. Europa wuchs über die Montanunion und EURATOM, über EWG, EU und Euro zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zusammen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sind bis heute Fremdworte geblieben, auch wenn im Vertrag von Lissabon erste Grundlagen dafür geschaffen worden sind. Die „Friedensunion“ ist zwar Wirklichkeit geworden, die „Friedens-Dividende“ bleibt jedoch aus.

Sie haben später als Leiter der Außenpolitik der HSS die Parteienkooperationen Ihrer Partei entscheidend mitgestaltet. Welche politischen Schwerpunktsetzungen waren ab Mitte der 1970er Jahre innerhalb des christdemokratischen Parteienspektrums überhaupt möglich? Wo begann eine ideologische Abgrenzung zur SI, die immer sehr kompakt aufgetreten ist? Die Namen Olof Palme, Bruno Kreisky und Willy Brandt waren auch für die bayerische Politik mitbestimmende Faktoren, zumal die CSU unter Strauß stets sehr international aufgetreten ist. Zumindest erweckten sozialistische Aktivitäten der damaligen Jahre oftmals den Eindruck, immer geschlossener aufgetreten zu sein. Vertreter der SI haben im Vergleich zu Christdemokraten – so schien es zumindest – homogener agiert. Welche Schwerpunkte waren hier von Ihnen in diesem Zusammenhang gesetzt worden?

Es ist richtig, dass die SI von Anfang an homogener war als andere Parteienbündnisse. Sie war übrigens auch die erste, die weltweit kooperierte. Ihr gegenüber standen im sogenannten bürgerlichen Lager nicht nur Christdemokraten, sondern auch Konservative und Liberale. Die ersten christdemokratischen Zusammenschlüsse in Europa waren überwiegend heterogene Organisationen, die christdemokratische Parteien aller Schattierungen in Westeuropa umfasste – Christdemokraten der linken Mitte und der Mitte, ebenso wie Mitte-Rechts-Parteien mit

sehr unterschiedlichen Parteiprogrammen, mit überaus verschiedenartigen Parteispektren in den jeweiligen Herkunftsländern.

Hinzu kamen unterschiedliche Traditionen und geschichtliche Erfahrungen. Da die SI sehr schnell wuchs – sie nahm ja nicht nur sozialistische oder sozialdemokratische Parteien auf, sondern auch Parteien, die zwar nicht dem Namen nach, aber nach ihrer Programmatik eher ins kommunistische Lager gehörten –, waren auch die Christdemokraten ständig um neue Mitgliedsparteien bemüht. Dadurch wurden die christdemokratischen Gremien immer wieder aufs Neue vor Aufgaben gestellt, gemeinsame Programme zu entwickeln, was nicht immer gelang. Erst mit der ersten Direktwahl zum EP 1979 und der Bildung einer gemeinsamen Fraktion, die es dem „Namen nach“ auch schon vorher gab, gewannen die Christdemokraten an Struktur, an Programmatik und an Zusammenhalt. Das trifft weitgehend auf jene Parteien zu, die ab 1979 mit eigenen Abgeordneten im EP vertreten waren.

Die Abgrenzung von Christdemokraten zu Sozialdemokraten bzw. Sozialisten war in den einzelnen Ländern klar erkennbar und bedurfte keiner weitergehenden Erklärung, da die Programme der jeweiligen Parteien mit ihren Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch zur Innenpolitik ebenso vorlagen, wie die Vorstellungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu Fragen der Gesellschaftspolitik sowie Bildung und Ausbildung. In den Anfangsjahren waren die Unterschiede in der Europapolitik und in allen Fragen der Weiterentwicklung der EWG – später EG – betreffend klar erkennbar und spielten auch in den nationalen Wahlkämpfen eine große Rolle. Mit der immer enger werdenden wirtschaftlichen, vor allem agrarpolitischen Zusammenarbeit, begannen sich aber die Unterschiede stärker zu verwischen. Nach allen bisherigen Verträgen, vor allem seit Einführung des Euro, gründet die EU immer stärker auf Ausgleich, im Besonderen auf finanziellen und materiellen Ausgleich und auf Vereinheitlichung von Gesetzen und Normen. Kritiker haben zu Recht diesen Prozess als eine auf Dauer angelegte Sozialdemokratisierung Europas beschrieben, in der die Gleichstellung und Solidarität im Vordergrund stehen.

Margaret Thatcher hat in ihrer Zeit als Premierministerin von Großbritannien gar von einem schleichenden Sozialismus gesprochen, der – so sagte sie sinngemäß – durch die hintere Küchentüre eingeführt werden sollte. Kurzum: Die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien fand überwiegend auf nationaler Ebene statt.

Offen gestanden waren die europäischen Parteiorganisationen über viele Jahre hinweg auch viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt als sich mit den Organisationen des anderen Lagers substantiell und nachhaltig auseinanderzusetzen. Erst mit der Gründung der EDU im Jahre 1978 widmeten wir der SI und ihrer Arbeit mehr Aufmerksamkeit und begannen in den einzelnen Ausschüssen und Arbeitsgruppen der EDU mit systematischen Analysen dessen, was die SI bewirkte.

Die Organisation wurde ja später dann auch in IDU umbenannt.

Die IDU war, wie auch die EDU, eine weltweite Arbeitsgemeinschaft gleichgesinnter Parteien, deren Kern die EDU bildete. Erstmals arbeiteten wir nun auch mit den großen, bürgerlichen Konservativen in den USA und Kanada, in Mittel- und Südamerika, in Australien und Neuseeland, in Japan, in Taiwan und später auch in Südkorea zusammen. In vielen dieser partnerschaftlichen Bereiche bildeten sich später Regionalorganisationen wie z. B. die Amerikanisch-Demokratische Union (ADU) oder die Pazifisch-Demokratische Union. Wie bereits erwähnt, war die EDU eine Arbeitsgemeinschaft gleichgesinnter Parteien und nicht wie die EVP eine supranationale Partei mit einem verbindlichen Parteiprogramm.

Ein ganz wichtiger Punkt ergibt sich aus der Aufnahme skandinavischer Parteien. Welche Veränderungen hatten sich denn dadurch ergeben?

Die skandinavischen Parteien waren eine große Bereicherung für die EDU. Ihre Vertreter, nüchtern, sachlich und unaufgeregt, engagierten sich in allen Ausschüssen und Arbeitsgruppen und verstärkten zusammen mit den Konservativen aus Großbritannien den angelsächsischen Einfluss, was sich auch in der IDU im Zusammenspiel mit US-Amerikanern, Kanadiern, Australiern und Neuseeländern als hilfreich erweisen sollte. Zum Beispiel spielten Poul Schlüter³⁸⁶ aus Dänemark, Kåre Willoch³⁸⁷ aus Norwegen oder auch Sauli Niinistö,³⁸⁸ der heutige Staats-

386 | Poul Schlüter (geb. 1929), dänischer Politiker der konservativen Partei, 1982–1993 Ministerpräsident seines Landes, 1994–1999 Mitglied des EP, 1994–1997 dessen Vizepräsident.

387 | Kåre Willoch (geb. 1928), norwegischer Politiker der konservativen Høyre, 1970–1974 und 1981–1986 Ministerpräsident seines Landes.

388 | Sauli Niinistö (geb. 1948), finnischer Politiker der Nationalen Sammlungspartei, 1996–2003 Finanzminister, seit 2012 Präsident seines Landes.

präsident in Finnland, in EDU und IDU wichtige Rollen. Sie alle waren und sind überzeugte Europäer.

Die Auflösung der EDU aber hat die bi- und multinationalen Beziehungen zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa empfindlich beeinträchtigt. Das war eine politische Fehlentscheidung, die zudem die IDU ihrer wichtigsten Regionalorganisation beraubte. EDU und IDU waren, wie ich bereits erwähnt habe, Arbeitsgemeinschaften, deren Grundsätze von allen Mitgliedsparteien anerkannt wurden, sie aber nicht gezwungen haben, sich über Probleme, die sich aus nationalen Gegebenheiten und möglicherweise auch aus den Verfassungen der einzelnen Länder ableiteten, hinwegzusetzen. So war es selbstverständlich, dass die Parteien aus Ländern, die nicht Mitglied der NATO waren, sich bei Resolutionen zu Themen der NATO der Stimme enthielten und dies in entsprechenden „Fußnoten“ deutlich machten.

Wie sah es aus mit den Abstimmungen zur Schwesterpartei, zur CDU? Sie haben schon angedeutet, dass dieses Verhältnis mitunter schwierig und angespannt war.

Die Abstimmung mit der CDU in den europapolitischen Grundsatzfragen warf grundsätzlich keine Probleme auf. Bei Einzelfragen gab es allerdings sehr wohl Unterschiede. In beiden Parteien wurden die europapolitischen Leitlinien sehr stark vom jeweiligen Parteivorsitzenden, Dr. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, geprägt und beeinflusst. Natürlich gab es auch in der Gesamtfraktion von CDU und CSU entsprechende Abstimmungen zur Europapolitik. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag war aber nicht gleichgeschaltet, sondern immer eine selbstständige Gruppe von Parlamentariern. Hinzu kam, dass Franz Josef Strauß ab Oktober 1978 Ministerpräsident im Freistaat Bayern und CSU-Vorsitzender war und auch von München aus viele Möglichkeiten hatte, die Oppositionspolitik in Bonn zu beeinflussen. Das tat er in allen Fragen der Europapolitik sehr dezidiert. Neben Bayerns deutscher Verantwortung sah Strauß auch immer die europäische Aufgabe und wusste um die schicksalshafte Verbundenheit mit den europäischen Nachbarn. Aber Strauß sparte auch nicht mit Kritik an Europa.

In seinem Buch „Zur Lage“³⁸⁹ von 1979 schrieb er zum Thema Europa: „Heute tritt Europa als ein Riese auf, politisch als Halbstarker, militä-

389 | Franz Josef Strauß: *Zur Lage*. Stuttgart 1979.

risch als ein Armee-Museum, kulturell als ein Liebhaber-Kabinett“ und weiter „nur optimistische Träumer erwarten, dass sich die Europäische Gemeinschaft in absehbarer Zeit zu einem europäischen Bundesstaat entwickeln wird, mit zentralen Entscheidungsinstanzen für Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Konjunkturpolitik“.

Die CSU bejahte grundsätzlich den europäischen Einigungsprozess uneingeschränkt, wohl wissend, dass der Begriff „Europa“ für mehr stand, als nur für die EWG bzw. EG und EU und auch die entsprechenden EU-Institutionen. Als eine der wenigen christdemokratischen Parteien kritisierte die CSU, anders als die CDU, in deutlichen Worten die „Regelungswut“ in Brüssel sowie Entscheidungen der Kommission und des Rates. Die Beispiele, die Franz Josef Strauß hierfür fand, z. B. der „Krümmungsradius der Gurke“ oder die „EU-Normen für Traktorsitze“ sind mittlerweile legendär. War die Abstimmung zu Europafragen unter den beiden Unionsparteien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und in den ersten Jahren nach den Direktwahlen zum EP im Juni 1979 noch relativ eng, änderte sich dies mit der Kanzlerkandidatur von Strauß und den mit ca. 44,5 Prozent Zustimmung für CDU/CSU im Oktober 1980 verlorenen Bundestagswahlen sowie vor allem, nachdem Dr. Helmut Kohl zwei Jahre später – bekanntlich ohne Wahlen – Bundeskanzler geworden war.

Beide Unionsparteien waren nun, in Koalition mit der FDP, in Regierungsverantwortung, dies betraf auch alle Fragen der Europapolitik. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte einen sehr großen Einfluss auf alle in Brüssel gefällten Entscheidungen. In enger Abstimmung mit dem französischen Präsidenten steuerte er im Hintergrund wichtige europäische Personalentscheidungen, war dominant bei Gipfeltreffen und den Treffen der EVP-Parteivorsitzenden. Somit war auch die Abstimmung der beiden Unionsparteien schwieriger geworden, zumal die wichtigsten Entscheidungen in einem kleinen Kreis im Bundeskanzleramt vorbereitet wurden und selbst die CDU-Parteizentrale außen vor blieb.

Also kann man sagen, die nachhaltigere, die konsequentere Europapolitik und auch die transnationale Kooperationspolitik im Sinne der Christdemokratie, hat die CSU, ich vermeide jetzt das Wort „besser“, aber doch konkreter betrieben als die CDU, wenn man so sagen darf: konsequenter betrieben. Stimmt das?

Das kann man so nicht sagen. Die CSU-Europapolitik orientierte sich an den Interessen unserer Wähler, der Partei, des Freistaates Bayern

und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Interessen waren vorrangig. Die CSU war, wie schon zuvor angesprochen, in ihrer Europapolitik nicht ausschließlich auf Brüssel ausgerichtet. Europa war ja noch immer geteilt und wir von der CSU sind immer dafür eingetreten, dass unsere Europapolitik auch die Länder in MOE im Blick haben müsste, solange diese unter dem Diktat der Sowjetunion stehen und über ihr Schicksal frei entscheiden konnten. Das galt z. B. für Ungarn, für die ČSSR, für Polen und für Bulgarien.

In anderen westeuropäischen Parteien, aber auch in der CDU, waren die Interessen, zumindest teilweise eher auf die Belange der EG konzentriert, wobei naturgemäß das „große Ganze“ nicht immer im Mittelpunkt stand. Zudem haben sich die CSU und mit ihr die HSS unmittelbar nach den historischen Veränderungen in Spanien und Portugal auf der iberischen Halbinsel engagiert. Abstimmungen mit der Schwesterpartei CDU erfolgten zwar, doch diese gemeinsame Vorgehensweise war nicht immer erfolgreich. In Spanien unterstützten wir von Anfang an die AP unter Manuel Fraga Iribarne³⁹⁰, die heutige PP, während die CDU und die KAS eine kleinere christdemokratische Partei unterstützten, deren politischen Erfolge mehr als mäßig blieben. In Portugal haben wir unmittelbar nach der Nelkenrevolution die sich formierende Demokratische Allianz (AD) gefördert. Damals verteilte der heutige EU-Kommissionspräsident Barroso noch Flugblätter für eine maoistische Studentenbewegung, bevor er sich dann den Christdemokraten anschloss. In Griechenland unterhielten wir seit der Gründung der ND nach dem Ende der Militärjunta zu dieser sehr enge Beziehungen. Franz Josef Strauß und der langjährige ND-Vorsitzende Konstantinos Mitsotakis³⁹¹ pflegten bis zum Tode von Strauß sehr enge und freundschaftliche Beziehungen.

Sie sind ja im Laufe ihrer internationalen Tätigkeiten mit zahlreichen Persönlichkeiten zusammengelkommen. Wer waren die starken Leute, die oftmals hinter ihren Chefs standen? Und als Folgefrage: Wie würden Sie die Rolle der Präsidenten der EVP definieren? Wer hat diese Position besonders nachhaltig ausgefüllt?

390 | Manuel Fraga Iribarne (1922–2012), spanischer Politiker und Gründer der AP, heute PP, 1989–2005 Regierungschef in der autonomen Region Galicien.

391 | Konstantinos Mitsotakis (geb. 1918), griechischer Politiker der ND, 1984–1993 Vorsitzender seiner Partei, 1990–1993 Ministerpräsident seines Landes.

Das waren in der Regel gut ausgebildete, junge Parteifunktionäre, die als Leiter der internationalen Büros oder als „internationale Sekretäre“ ihren Parteichefs zuarbeiteten. Unter ihnen waren auch immer wieder junge Diplomaten, die für die Dauer ihrer Tätigkeit bei Parteien oder nationalen Fraktionen beurlaubt waren. Anders als die Vertreter in den europäischen und internationalen Organisationen – z. B. der EU-Kommission – waren sie ihren Parteichefs und ihren Parteien eng verbunden und engagierten sich für die Durchsetzung nationaler Interessen. Und dennoch waren die meisten von ihnen überzeugte Europäer. Ich hatte mit vielen meiner ehemaligen Kollegen, auch wenn die meisten von ihnen erheblich jünger waren, enge und freundschaftliche Beziehungen.

Die Rolle des EVP-Vorsitzenden ist vorwiegend die eines Moderators, der zu allen Vorsitzenden der EVP-Mitgliedsparteien sowie zur EVP-Fraktion im EP engen Kontakt hält und die Zusammenkünfte der EVP-Partei- und Regierungschefs vorbereitet. Im Laufe der Jahre hatte es sich eingebürgert, dass diese Treffen vor Beginn der EG/EU-Gipfelkonferenzen stattfanden und in erster Linie einer Abstimmung zu anstehenden Problemen dienten. Die EVP wurde, wie schon zuvor die EUCD, von Vertretern der Benelux-Ländern dominiert. Seit vielen Jahren ist der Belgier Martens EVP-Vorsitzender, sein Landsmann Leo Tindemans war es viele Jahre lang, wie auch der Luxemburger Jacques Santer.

In der Führungsriege der EVP gab es stets zahlreiche ehemalige Spitzenpolitiker, die auf nationaler Ebene nur noch wenig Bedeutung hatten oder abgewählt worden waren. In den 1970er und 1980er Jahren spielten in der EUCD und dann in der EVP die Vertreter der italienischen DC eine bedeutende Rolle. Zahlreiche ehemalige DC-Spitzenpolitiker wie Giulio Andreotti, Mariano Rumor oder Flaminio Piccoli³⁹² nahmen regelmäßig an den Sitzungen des sogenannten Politischen Büros teil, soweit sie nicht wieder einmal in Regierungsverantwortung standen. Die deutsche CDU stellte viele Jahre lang den EVP-Generalsekretär bzw. den EUCD-Generalsekretär. Doch das machte es uns, der CSU, nicht leichter.

Man gewinnt in der Auseinandersetzung mit dem Thema den Eindruck, das christdemokratische Lager war, zumindest was seine Organisations-Ausformungen angeht, enorm zersplittert. Es gab die

392 | Flaminio Piccoli (1915–2000), italienischer Politiker der DC, 1969 und 1980–1982 Generalsekretär seiner Partei, 1970–1972 Industrieminister seines Landes, 1979–1984 Mitglied des EP.

EUCD schon ab dem Jahre 1965. Im Jahre 1976 wurde dann die EVP gegründet, 1978, zwei Jahre später, die EDU. Doppelgleisigkeit kann mitunter befruchtend sein, das wissen wir alle, so kommt zeitweise zumindest eine Seite zum Erfolg, andererseits gibt es so auch viele Reibungspunkte, die zu Verzögerungen führen. Wie haben Sie diese Parallelität erlebt? Mittlerweile gibt es eine starke EVP. Es gibt die EDU, wir haben es zuvor schon gesagt, nicht mehr. War diese Doppelgleisigkeit aus der Warte des Außenpolitikers Dieter Schmidt eine Hypothek? Oder hat man es gleichsam als unvermeidlich angesehen? Gewisse Abnutzungserscheinungen – personeller und ideologischer Art – hat es wohl bestimmt gegeben?

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, dass es sich bei EVP und EDU um zwei unterschiedliche Organisationen handelte, wobei die EVP eine supranationale Partei ist und die EDU eine Arbeitsgemeinschaft gleichgesinnter, jedoch nicht gleichgeschalteter Parteien war. Es gab natürlich auch eine gewisse Doppelgleisigkeit, aus meiner Sicht jedoch nur im geringen und durchaus vertretbaren Umfang. Das entscheidende Negativum war die dadurch bedingte starke zeitliche Inanspruchnahme für Parteivorsitzende und auch Generalsekretäre sowie „internationale Sekretäre“, die ihre Parteien in den entsprechenden Gremien beider Organisationen vertraten. Wir hatten in der CSU damit weniger Probleme, weil unsere Parteivertreter überwiegend Abgeordnete im EP waren und die Vertreter der CSU in den EDU-Ausschüssen und EDU-Arbeitsgruppen aus der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags kamen. Dies brachte den Vorteil mit sich, dass diese Mitglieder des Bundestages ihre internationalen Kontakte vertiefen und weiter ausbauen konnten. Die EVP ist ja bekanntlich sehr schnell gewachsen. Sie nahm Mitgliedsparteien ja nicht nur aus den EG- bzw. EU-Mitgliedsstaaten – zum Teil sogar zwei Parteien aus einem Mitgliedsstaat – auf, sondern auch assoziierte Mitglieder und Beobachterparteien.

Nach der historischen Wende 1989/90 drängten besonders viele Parteien aus MOE in die europäischen politischen Parteienverbände. Bei den Sozialisten und Sozialdemokraten ebenso wie bei der EVP, naturgemäß weniger bei Liberalen, Konservativen, Grünen und Kommunisten. Die Motive dafür waren klar: Man versprach sich von dieser Mitgliedschaft Unterstützung und Vorteile bei der Annäherung der jeweiligen Länder an die EG bzw. EU und ihre spätere Mitgliedschaft. Entsprechend schnell und bedenkenlos wurden die nationalen Parteiprogramme an die Anforderungen und Wünsche der EVP angepasst.

War die EVP eine wichtige und solide Grundlage für die gemeinsame Arbeit der Mitglieder des EP und in der EVP-Fraktion, hatte die EDU stets mehr als nur die EG bzw. die EU im Blick. Das war vor den entscheidenden Erweiterungsschritten von großer Bedeutung.

Ich hatte ja bereits vorhin erwähnt, dass die Benelux-Länder und Italien in der EVP starken Einfluss nahmen und so war es auch nicht erstaunlich, dass die Christdemokraten aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Italien nicht Mitglieder der EDU wurden. Das galt auch für die Partei aus Irland und die Partei des Franzosen François Bayrou,³⁹³ dessen Partei Mitte-links orientiert war, erhebliche Vorbehalte gegen die EDU hatte. Die durch die EDU-Mitgliedschaft entstandenen zusätzlichen finanziellen Belastungen – die Mitgliedsparteien mussten neben moderaten Mitgliedsbeiträgen auch für die Reisekosten ihrer Vertreter in den verschiedenen Arbeitsgremien der EDU aufkommen – spielten bei der Auflösung der EDU schließlich keine Rolle. Lediglich die kleineren Mitgliedsparteien und die aus MOE mussten einige Anstrengungen unternehmen, um ihren finanziellen Verpflichtungen in der EVP und in der EDU nachzukommen.

In beiden Organisationen war das Beitragsaufkommen neben einem Grundbeitrag im Wesentlichen nach den Mitgliederzahlen gestaffelt. Die EUCD und später die EVP erhielten neben den Mitgliedsbeiträgen zudem stattliche Beträge aus EG- bzw. EU-Geldern. Da hier alle europäischen politischen Parteien, allen voran Sozialdemokraten und Sozialisten sowie Christdemokraten, ein besonderes Interesse daran hatten, erfolgte die großzügige Subvention in seltener Einmütigkeit. Zudem flossen noch erhebliche Zuwendungen aus den Kassen der Fraktionen, mit denen dann – dem Vorbild der deutschen und österreichischen Parteistiftungen folgend – eigene supranationale Parteistiftungen aufgebaut wurden. Die EVP konnte sich aufgrund der großzügigen finanziellen Ausstattung eine eigene Immobilie in bester Brüsseler Stadtlage leisten, und ihre Funktionäre, die in vielen anderen Bereichen ehrenamtlich arbeiteten mit enormen Aufwandsentschädigungen ausstatten.

Auf der anderen Seite hatte die EDU stets einen ausgeglichenen Haushalt – auch ohne Zuwendungen von dritter Seite – und war vielmehr daran interessiert, wichtige und erhebliche Rücklagen zu bilden. Es soll

393 | *François Bayrou (geb. 1951), französischer Politiker der UDF, heute des Mouvement Démocrate, 1993–1997 Bildungsminister seines Landes.*

hier auch gesagt werden, dass bei der Auflösung der EDU entsprechende hohe Beträge an die Mitgliedsparteien zurück erstattet wurden.

Herr Schmidt, wir haben im Laufe des Gesprächs schon viel über die wechselseitigen Befruchtungen christdemokratischer Parteien gesprochen. Alle diese Zusammenschlüsse standen und fielen mit den handelnden Persönlichkeiten; Persönlichkeiten, die heutzutage vielleicht fehlen. Vielleicht fehlen diese nicht nur in der Politik, sondern auch in verschiedenen anderen Bereichen. Anders gefragt: Wo sehen Sie jetzt eine aktuelle Perspektive, die transnationale Parteienkooperationen gegenwärtig heute noch haben können? Oder hat sich dieses System der transnationalen Kooperation überlebt? Hat es sich als ein politisches Instrument der letzten 40 Jahre überlebt? Wurde es ausgereizt? Wenngleich zweifellos mit beachtlichen Erfolgen, wir wollen das hier in keinsten Art und Weise geringschätzen.

Wir sehen aber auch, dass die EU sich immer mehr einer Existenzfrage stellen muss, und somit auch die in Brüssel und in Straßburg vertretenen christdemokratischen Parteien. Es herrscht keine Aufbruchsstimmung, kein Optimismus. Sehen Sie gegenwärtig eine positive Perspektive für eine christdemokratische Parteienkooperation?

Die supranationalen Parteien in Europa haben seit den 1970er und 1980er Jahren erheblich an Bedeutung verloren. Die nationalen Interessen werden naturgemäß durch die nationalen Mitgliedsparteien wahrgenommen, und die europäischen Belange von den Fraktionen im EP sowie in Kommission und Rat verfolgt. Dabei bilden sich immer öfter Konstellationen und „Fraktionen“, die mit der Parteiprogrammatik nichts mehr zu tun haben. Eine der größten Leistungen der EDU war unbestreitbar die Förderung der bilateralen Parteibeziehungen.

Ich persönlich habe dies stets unterstützt, weil ich der Auffassung war, dass enge bilaterale Beziehungen die Zusammenarbeit in supranationalen Parteibündnissen erleichtert und stärkt. Dabei war es üblich, zu nationalen Parteitagen Vertreter von ausländischen Schwesterparteien einzuladen – und auch umgekehrt, Vertreter der eigenen Partei zu Parteitagen von verbündeten ausländischen Parteien zu entsenden. Diese Praxis diente immer dem persönlichen Kennenlernen und vereinfachte die Abstimmung in programmatischen Fragen ganz erheblich. Vor allem die Abgeordneten der nationalen Parlamente machten von dieser Möglichkeit regen Gebrauch. Der nahezu inflationäre Anstieg der multila-

teralen Konferenzen, vor allem auf europäischer Ebene, lässt freilich heutzutage dafür kaum noch Zeit.

Viele Regierungschefs und Vertreter von Regierungen verbringen heute viel zu viel Zeit in internationalen Konferenzen, die von riesigen Stäben aus Beamten und Mitarbeitern der Kommissionsverwaltung in Brüssel oder von Diplomaten bis ins letzte Detail geplant und vorbereitet werden. Das Ringen um einzelne Worte in Abschlusserklärungen, die ohnehin am nächsten Tag in Vergessenheit geraten sind, kostet unendlich viel Zeit und erweist sich, wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, oft als sinnlos. Bei all dem darf nicht vergessen werden, dass wir hier über Parteien aus lebendigen Demokratien sprechen, in denen regelmäßig Wahlen stattfinden, häufig auch, unter starker Verkürzung der eigentlichen Legislaturperiode, vorgezogene Neuwahlen. Diese Neuwahlen haben oftmals völlig veränderte Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten, neue Regierungen und damit auch neue Akteure bei den transnationalen Zusammenkünften und Konferenzen zur Folge. Was dies z. B. für die EU mit 27 Mitgliedsländern und etlichen Beitrittskandidaten bedeutet, liegt auf der Hand.

Ich möchte noch auf Ihren Beitrag auf dem Donauschiff „Mozart“ im Jahre 1990 näher eingehen. Es war die erste Tagung, an der beinahe alle christdemokratischen Parteien aus Ost- und Westeuropa teilnahmen. Sie waren als Vertreter der CSU bei den Europa-Gesprächen „Runder Tisch Europa“ dabei. Ich habe in Vorbereitung auf unser Gespräch auch Ihre Beiträge nachgelesen.

Es gab zu Mesut Yilmaz³⁹⁴ und zu den türkischen Vertretern ein sehr gutes Einvernehmen. Wenn man sich ansieht, wie sich jetzt das Verhältnis zwischen Westeuropa und Ankara präsentiert, einschließlich der oft einseitig fordernden türkischen Wortmeldungen, besteht dann eine politische Sehnsucht nach dieser Zeit und diesen Persönlichkeiten?

Die Konferenz auf dem Donauschiff „Mozart“, die Sie in Ihrer Frage erwähnten, war eine Veranstaltung der EDU, geleitet von Dr. Alois Mock und vorbereitet vom damaligen EDU-„Exekutiv-Sekretär“ Prof. Dr.

³⁹⁴ | Mesut Yilmaz (geb. 1947) türkischer Politiker der Mutterlandspartei, 1987–1990 Außenminister, 1991 und 1996 kurz sowie 1997–1999 Ministerpräsident seines Landes.

Andreas Khol. Dabei ging es darum, jenen christdemokratischen, konservativen und bürgerlichen Parteien aus Ländern, die sich der EG (EU) annäherten, eine Plattform zu bieten, sich darzustellen, sich über ihre Programme zu informieren und schließlich bilaterale Kontakte aufzubauen.

Diese neuen Kontakte sollten es den Reformländern ermöglichen, ohne gleich durch multinationale Zusammenarbeit überfordert zu werden, ihre eigenen Entscheidungen bezüglich künftiger Kooperationen zu treffen. Die damaligen EDU-Mitgliedsparteien unterhielten zur türkischen Mutterlandpartei gute und auch belastbare Kontakte. Belastbar mussten diese Kontakte schon deshalb sein, weil die griechische ND wie auch die Cypriot Rally erhebliche Vorbehalte gegen diese Zusammenarbeit hatten. Meine Partei, die CSU, hatte enge und sehr vertrauensvolle Beziehungen zur Mutterlandpartei.

Ich hatte das Glück, noch während der Zeit der Militärregierung in Ankara Kontakte zu dem damaligen Wirtschaftsberater Turgut Özal³⁹⁵ aufnehmen zu können. Nachdem die ersten politischen Parteien wieder zugelassen wurden, unterstützten wir zusammen mit der CDU, der ÖVP und anderen die neugegründete Mutterlandpartei. Turgut Özal war in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der Mutterlandpartei und türkischer Ministerpräsident mehrmals Ehrengast bei CSU-Parteitag. Das war eine Tradition, die später sein Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz fortsetzte. Auch wir waren, das trifft auf fast alle damaligen EDU-Parteien zu, regelmäßig Gäste bei Parteitagen der Mutterlandpartei. Bei Sitzungen des EDU-Lenkungsausschusses habe ich oftmals mit Freunden halbe Nächte damit verbracht, direkte Gespräche von türkischen Politikern und unseren Freunden aus Griechenland und Zypern zu vermitteln, was später auch bei den sehr schwierigen ersten Kontakten der albanischen Partei von Sali Berisha³⁹⁶ und unseren griechischen Freunden von der ND der Fall war. Auch heute wären die nationalen Parteien, die in der EVP zusammengefasst sind, gut beraten, in intensiven, bilateralen Gesprächen mit der griechischen Schwesterpartei diese zu unterstützen sowie Solidarität und Unterstüt-

395| *Turgut Özal (1927–1993), türkischer Politiker der Mutterlandspartei, 1983–1989 Ministerpräsident, 1989–1993 Staatspräsident seines Landes.*

396| *Sali Berisha (geb. 1944), albanischer Politiker und Mitbegründer der Demokratischen Partei Albaniens, 1992–1997 Staatspräsident, seit 2005 Ministerpräsident seines Landes.*

zung zu bekunden, anstatt sich hinter der EU-Kommission und dem EU-Rat zu verschanzen. Sicherlich würde das die anstehenden Probleme nicht ad hoc lösen, jedoch tragfähige Lösungen für die Zukunft erleichtern.

Die Bedeutung der europäischen politischen Parteien ist, und das trifft leider auch und vor allem auf die EVP zu, erheblich seit Ende der 1970er Jahre zurückgegangen. Sie spielen heute im öffentlichen Bewusstsein kaum noch eine Rolle. Allenfalls vor Europawahlen sind diese Parteien bemüht, auf sich aufmerksam zu machen und den Wählerinnen und Wählern der EU ihre Programme zu vermitteln. Ausschlaggebend und wahlentscheidend bleiben jedoch die nationalen Parteien, jedoch auch bei diesen sind die Programme die EU und Europa betreffend immer angepasster geworden.

Kann es auch daran liegen, dass der ideologische Unterbau fehlt? Ich nehme jetzt auch die Sozialdemokraten nicht aus. Es wird zu sehr moderiert. Ist es möglich, dass Christdemokraten noch vor 20 Jahren ein anderes ideologisches Grundgerüst hatten? Es ist unbestrittenermaßen vieles austauschbar geworden. Ich bleibe jetzt beim Beispiel Österreich. Es ist nachvollziehbar doch oft so, dass sozialdemokratische Positionen und christdemokratische Positionen austauschbar sind. Und das merkt man auch in der realen Umsetzung der Politik.

Zumindest die großen Volksparteien, also Christdemokraten und Sozialdemokraten bzw. Sozialisten, haben sich programmatisch immer stärker angenähert. Alle wollen die sogenannte Mitte besetzen und haben an ihren ursprünglichen Programmen erhebliche Abstriche gemacht. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland, und das trifft wohl auch teilweise auch auf Österreich zu, einen permanenten Anpassungsprozess.

Als Beispiel dafür mag der Finanzausgleich dienen: Es gibt bei uns in Deutschland den kommunalen Finanzausgleich und es gibt ihn auf Länder- und auf Bundesebene. Unter dem Stichwort „Solidarität“ zahlen die prosperierenden Regionen an strukturschwache Regionen. Kleinere, häufig überschuldete Länder, erhalten über den Länderfinanzausgleich enorme Zuwendungen von den „Geberländern“. Nun wird dieses System auf europäischer Ebene fortgesetzt, wobei hier nicht die Anpassung wie auf nationaler Ebene, sondern eher eine Gleichstellung im Vorder-

grund steht. Das wäre dann ein solches Modell, das Margaret Thatcher den „Sozialismus durch die Hintertür“ nannte.

In der Tat, unsere Parteien haben an Konturen verloren, viele ihre sie kennzeichnenden Grundsätze auf dem Altar der politischen Beliebigkeit geopfert und einen gleichmachenden Populismus gefrönt, der sie schließlich Wählerstimmen gekostet hat. Neue Wählerpotentiale konnten durch die ehemals großen Volksparteien nicht erschlossen werden und so franst das Parteienspektrum weiter aus.

Neue, zum Teil nur kurzlebige Parteien, finden regen Zulauf. Bei allen zurückliegenden Landtagswahlen in Deutschland hat eine Partei hinzugewonnen. Sie hat noch keinen Namen und in ihren Namen stehen so unterschiedliche Kriterien wie Desinteresse, Bequemlichkeit, Faulheit, Verantwortungslosigkeit, aber auch Enttäuschung, Verdrossenheit, Wutbürgertum u.v.m. Es ist die Partei der Nichtwähler. Diese Wählerpotenz der Volksparteien auf nationaler und auch auf europäischer Ebene zurückzuholen, ist die Herausforderung der Zukunft.

Herr Schmidt, ich danke Ihnen vielmals für das Gespräch.